



BÜRGERALLIANZ

Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Pressemitteilung

Pößneck, den 01.10.17

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben, der Dachverband Thüringer Bürgerinitiativen, begrüßt den Beschluss der Regierungsfractionen von Die Linke, SPD und B90/Die Grünen im Thüringer Landtag vom 30.09.17 zum flächendeckenden Moratorium zur Aussetzung ergangener Sanierungsanordnungen für Kleinkläranlagen in Thüringen bis zum Inkrafttreten des zu ändernden Thüringer Wassergesetzes. Wir sind auch über die Unterstützung der Oppositionsparteien von CDU und AfD erfreut, die mit Ihren Änderungsanträgen das Ansinnen der Regierungsfractionen zum Moratorium ähnlich unterstützen und sich auch wie Rot/Rot/Grün in Thüringen für die dahingehende Änderung des Thüringer Wassergesetzes aussprechen.

Die Bürgerallianz fordert nun die Entscheidungsträger der Thüringer Abwasserverbände dazu auf, alle notwendigen Beschlüsse in den nächsten Verbandsversammlungen zu fassen. Die Vertreter der Bürgerinitiativen in den Thüringer Kommunalparlamenten werden in den nächsten Wochen Anträge einbringen, wo die Bürgermeister, welche in den Abwasserverbänden als Verbandsrat tätig sind, aufgefordert werden, entsprechende Anträge zur Aussetzung der Sanierungsanordnungen in den jeweiligen Zweckverbänden zu stellen.

Die Bürgerallianz fordert weiterhin alle Landräte auf, die unteren Wasserbehörden der Landratsämter aufzufordern, eine entsprechende Aussetzung der Sanierungsanordnungen umzusetzen. Auch hier wurden die Kommunalpolitischen Akteure unserer Bürgerinitiativen aufgerufen, in den Kreistagen darauf Einfluss zu nehmen.

Nachdem das Kabinett der Landesregierung das zu ändernde Thüringer Wassergesetz verabschiedet hat, erwartet die Bürgerallianz Thüringen von der Landesregierung schnellstmöglich alle notwendigen Informationen zum neuen Gesetzentwurf. Ministerpräsident Bodo Ramelow hat uns bereits am 07.04.17 zugesagt, dass wir als anerkannter Fachverband dazu angehört werden und unsere Vorstellungen zum Lösungsansatz selbstverständlich in die Entscheidung einfließen werden.

Neben der geplanten Anhörung werden wir Gespräche mit allen Landtagsfractionen und der Landesregierung suchen und fortführen. Ebenfalls sind weitere Gespräche mit Vertretern der Thüringer Abwasserzweckverbände vorgesehen, um mögliche Bedenken über negative Auswirkungen auf die Abwassergebühren zu diskutieren. Durch einen Kooperationsvertrag mit dem Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN) wird es mit der Bürgerallianz Thüringen einen intensiven Erfahrungsaustausch geben, der zum Ziel hat, die Abwasserbehandlung in Thüringen gerechter und bezahlbar zu machen.

Wir erwarten nun die Umsetzung der politischen Versprechen und Zusagen aller Vertreter der im Landtag vertretenden Parteien, die uns zu vielen Veranstaltungen und Gesprächen gemacht wurden. Parteipolitik darf hier keinen Platz haben. Die Landespolitik bekommt eine Chance, das Ansehen der Politik zu verbessern.

Freundliche Grüße

Wolfgang Kleindienst
Landesvorsitzender